

11

Abt. 12 „Nord Wedding“**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Etablierung eines regulatorischen Rahmens für Energy Sharing für mehr Partizipation an der Energiewende**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des
 2 Bundestages und die sozialdemokratischen
 3 Mitglieder der Bundesregierung, werden
 4 ersucht sich engagiert für die Etablierung
 5 eines regulatorischen Rahmens einzusetzen,
 6 der das „Energy Sharing“ von erneuerbar
 7 erzeugtem Strom unter Nutzung des öf-
 8 fentlichen Netzes ermöglicht. Hierdurch soll
 9 eine breitere Teilhabe von Bürgerinnen und
 10 Bürgern sowie anderen Akteuren, wie ge-
 11 werblichen und kommunalen Unternehmen,
 12 am Ausbau der erneuerbaren Energien und
 13 an der Energiewende gefördert werden.

14

15 Begründung

16 Für die Umsetzung von Energy Sharing fehlt
 17 bisher ein regulatorischer Rahmen, der die für
 18 Energy Sharing notwendige Nutzung des öf-
 19 fentlichen Netzes regelt. Dabei bietet Ener-
 20 gy Sharing durch die gemeinsame Nutzung
 21 von erneuerbar erzeugtem Strom Personen,
 22 die keine eigenen geeigneten Flächen (bspw.
 23 Gebäudedächer) für Solarenergieanlagen be-
 24 sitzen, aktiv an der Energiewende teilhaben.
 25 Dies fördert nicht nur die dezentrale Energie-
 26 erzeugung, sondern auch die soziale Akzep-
 27 tanz und Unterstützung für die Energiewen-
 28 de innerhalb der Gemeinschaft. Darüber hin-
 29 aus werden Anreize geschaffen, um den de-
 30 zentralen und zeitgleichen Verbrauch erneu-
 31 erbarer Energien zu fördern. Die EU sieht die
 32 nationale Umsetzung von Energy Sharing aus
 33 diesen Gründen bereits seit 2021 vor (Artikel
 34 22 Erneuerbare-Energien-Richtlinie). Infolge-
 35 dessen ist die Bundesregierung gefordert, das
 36 Konzept Energy Sharing zeitnah umzusetzen
 37 und die bestehenden Potenziale ähnlich wie
 38 in anderen Ländern (Beispiel Österreich) zu

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des
 Bundestages und die sozialdemokratischen
 Mitglieder der Bundesregierung, werden auf-
 gefordert sich engagiert für die Etablierung
 eines regulatorischen Rahmens einzusetzen,
 der das „Energy Sharing“ von erneuerbar
 erzeugtem Strom unter Nutzung des öf-
 fentlichen Netzes ermöglicht. Hierdurch soll
 eine breitere Teilhabe von Bürgerinnen und
 Bürgern sowie anderen Akteurinnen und Ak-
 teuren, wie gewerblichen und kommunalen
 Unternehmen, am Ausbau der erneuerbaren
 Energien und an der Energiewende gefördert
 werden.

39 nutzen.
40 Ohne einen passenden regulatorischen Rah-
41 men für das Energy Sharing bleibt die Ener-
42 giewende eine exklusive Angelegenheit, die
43 vielen Bürgern, Unternehmen und kommu-
44 nalen Einrichtungen verwehrt bleibt. Die SPD
45 muss sich für eine gerechtere Energiepolitik
46 einsetzen, die allen gesellschaftlichen Schich-
47 ten den Zugang zu erneuerbaren Energien er-
48 möglicht und so eine breite Basis für die Un-
49 terstützung der Energiewende schafft.
50 Die Zielgruppe dieses Antrags sind alle Bür-
51 gerinnen und Bürger, Gewerbe, kommunale
52 Unternehmen und insbesondere die sozial-
53 demokratischen Mitglieder des Bundestages
54 und der Bundesregierung. Die Umsetzung
55 des Energy Sharing verspricht eine demokra-
56 tischere Energieinfrastruktur, die in Einklang
57 mit den Grundwerten der Sozialdemokratie
58 steht und eine nachhaltige und gerechte En-
59 ergiewende unterstützt